

06.10.00**Empfehlungen**
der AusschüsseEU - U - Wizu **Punkt** der 755. Sitzung des Bundesrates am 20. Oktober 2000

Grünbuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur
Umweltproblematik von PVC

KOM(2000) 469 endg.; Ratsdok. 10861/00

A

Der Wirtschaftsausschuss

empfiehlt dem Bundesrat, zu der Vorlage gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG wie folgt
Stellung zu nehmen:

1. Der Bundesrat begrüßt die Absicht der Kommission, durch das Grünbuch die auf europäischer Ebene kontroverse Debatte um Einzelfragen zu versachlichen und zu einer umfassenden Bewertung des Kunststoffes PVC zu kommen.
2. Zwar weist die Kommission zu Recht darauf hin, dass zur Entwicklung einer horizontalen Strategie sämtliche ökonomischen und ökologischen Implikationen sowohl von PVC als auch von potentiellen Substituten über ihren gesamten Lebenslauf bewertet werden sollten. Die konkreten Fragestellungen stellen jedoch einseitig den Bereich der Abfallentsorgung in den Vordergrund und berücksichtigen nicht die integrierte Bewertung von Verwertungs- und Beseitigungsoptionen sowie die ganzheitliche Lebenszyklusanalyse.

Ausgeliefert am 10. OKT. 2000

3. Voraussetzung einer solchen Versachlichung ist auch eine ergebnisoffene Darstellung des Werkstoffes PVC, die sich sowohl mit seinen umweltbedingten Nachteilen als auch mit seinen Vorteilen beschäftigt. Diesem Ziel einer umfassenden Bewertung ist die Kommission jedoch nicht gerecht geworden. In der Tendenz überwiegt eine kritische und eher diskriminierende Auseinandersetzung mit dem Werkstoff PVC. Das Grünbuch wird insbesondere den Grundsätzen der Nachhaltigkeit nur begrenzt gerecht, wonach ökologische, ökonomische und soziale Belange im Grundsatz berücksichtigt werden müssen.
4. Die Verwertungs- und Beseitigungsoptionen werden im Sinne von "gut/schlecht"-Urteilen bewertet; ein integrierendes und an den spezifischen Gegebenheiten orientiertes Konzept aus im Wettbewerb stehenden Möglichkeiten der Verwertung und Entsorgung wird nicht diskutiert.
5. Einer äußerst detaillierten Betrachtung von PVC (bzw. einiger Additive) stehen keine entsprechenden Analysen und Bewertungen möglicher Alternativen gegenüber. Bereits laufende Risikobewertungsprogramme für PVC-Additive werden nicht ausreichend berücksichtigt.
6. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, im Rahmen der durch das Grünbuch ausgelösten weiteren Diskussionen auf eine umfassende Bewertung unter Einbeziehung der oben genannten Aspekte hinzuwirken.

B

7. Der federführende Ausschuss für Fragen der Europäischen Union und der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfehlen dem Bundesrat, von der Vorlage gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG Kenntnis zu nehmen.